



# MEHR VERBINDLICHKEIT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

## Zivilgesellschaftliche Erwartungen an den Global Disability Summit 2025

Mit der Ausrichtung des Global Disability Summits im Jahr 2025 will die Bundesregierung als Gastgeberin ein deutliches Zeichen für die Rechte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen setzen. Co-Gastgeber sind Jordanien und die International Disability Alliance. Der erste Global Disability Summit fand 2018 in London und der zweite 2022 in Oslo sowie online statt.

Menschen mit Behinderungen stellen eine der weltweit am stärksten marginalisierten und benachteiligten Gruppen dar. Nach dem Global Sustainable Development Report der Vereinten Nationen (2019) sind sie besonders von den global zunehmenden Ungleichheiten betroffen. Weltweit leben demnach schätzungsweise 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Armut. Der Bericht kommt 13 Jahre nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu der ernüchternden Bilanz, dass die Fortschritte bei seiner Umsetzung zu gering sind.

Krisen und Konflikte verschärfen die Lage von Menschen mit Behinderungen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen sie härter als Menschen

ohne Behinderungen. Ähnliches gilt für die Folgen der Klima- und Ernährungskrise, die immer offensichtlicher werden. Durch den Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Millionen Menschen, insbesondere strukturell diskriminierten Menschen, weltweit dramatisch.

Auf dem Global Disability Summit 2022 wurde von den teilnehmenden Staaten eine beeindruckende Zahl an politischen Verpflichtungen abgegeben. Diese haben keinen bindenden Charakter. Angesichts der unzureichenden Fortschritte bei der Verwirklichung ihrer Rechte und der aktuellen globalen Herausforderungen sollte der nächste Global Disability Summit im Jahr 2025 in Berlin – sowie Anstrengungen der Staaten bis dahin – einen wesentlichen Beitrag leisten, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen verbindlich umzusetzen.

VENRO, die Liga Selbstvertretung und der Deutsche Behindertenrat formulieren die folgenden Erwartungen:

## Gemeinsame Anstrengungen auf der internationalen Ebene

Auf dem Global Disability Summit soll ein Abschlussdokument verabschiedet werden, das in einem partizipativen Prozess zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen inklusive Selbstvertretungsorganisationen und den beteiligten Staaten erarbeitet wird.

Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung für folgende Punkte im Abschlussdokument einsetzt:

- Die Staaten erkennen die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, insbesondere Barrierefreiheit und Partizipation als Verpflichtung in der internationalen Zusammenarbeit und der humanitären Nothilfe an. Teilnehmende Staaten aus dem globalen Norden tragen besondere Verantwortung in der bilateralen Zusammenarbeit mit Partner\_innen.
- Die Staaten verpflichten sich dazu, die UN-Behindertenrechtskonvention durch konkrete Umsetzungspläne systematisch und nachweislich zu erfüllen. Diese Pläne müssen Monitoring-Mechanismen und eine verstärkte Gewinnung von Daten beinhalten.
- Die Staaten fördern die Zusammenarbeit und Vernetzung der relevanten Stakeholder, wie staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen, einschließlich Selbstvertretungsorganisationen und Menschenrechtsinstitutionen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen.
- Mit einem UN-Fonds wird ein zusätzliches Instrument geschaffen, um Inklusion von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Er soll Länder des globalen Südens darin finanziell unterstützen, durch konkrete Umsetzungspläne die UN-Behindertenrechtskonvention systematisch und verbindlich umzusetzen. Ziele könnten sein, Infrastruktur barrierefrei zu machen, in

Aus-, Fort- und Weiterbildung zu investieren oder die Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Um Mittel aus dem Fonds beantragen zu können, sollten Regierungen eine Bestandsaufnahme ihrer bisherigen Maßnahmen machen und sich gegenseitig und öffentlich darüber informieren. Die Bestandsaufnahme sollte existierende Vorgaben, bestehende Partizipationsformen und Haushaltsmittel umfassen sowie Auskunft zur nationalen Verfügbarkeit von Daten geben.

- Die Staaten adressieren globale Fragen wie Klimawandel, Ungleichheit, Digitalisierung, Flucht und Vertreibung sowie eine nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030 und Post-2030 Agenda) in Bezug auf Menschen mit Behinderungen.
- Die Staaten verankern einen intersektionalen Ansatz, mit besonderer Berücksichtigung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen.

## Große Verantwortung Deutschlands als Co-Gastgeber des Gipfels

Die Behindertenrechtskonvention ist die gemeinsame Grundlage, die Standards vorgibt. Die Bundesregierung spielt als Gastgeberin des Gipfels eine besondere Rolle. Andere Staaten werden sich möglicherweise an den Selbstverpflichtungen Deutschlands orientieren.

Wir erwarten von der Bundesregierung,

- in einer Neuauflage des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Maßnahmen zu einer inklusiven Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens aufzunehmen;
- die Zeit bis zum Global Disability Summit zu nutzen, um die Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der staatlichen

Entwicklungszusammenarbeit in einer konkreten Umsetzungsplanung systematisch, verbindlich zu verankern und mit Ressourcen zu hinterlegen;

- die Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der neuen humanitären Strategie zu verankern und durch eine konsequente Anwendung von existierenden Markern umzusetzen;
- zur besseren Partizipation von Selbstvertretungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in Art. 32 der UN-Behindertenrechtskonvention vorgesehen ist, Mittel zum Kapazitätsaufbau bereitzustellen.

### Partizipation im Prozess als menschenrechtliches Prinzip ernst nehmen

Wir begrüßen das bisherige Vorgehen der Bundesregierung, die Zivilgesellschaft partizipativ einzubeziehen.

Wir erwarten von der Bundesregierung,

- den bisherigen Weg, die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Vorfeld des Gipfels partizipativ einzubeziehen, weiter fortzuführen und auf inhaltlicher Ebene zu beteiligen.
- sich dafür einzusetzen, im Steering Committee des Global Disability Summit auch die deutsche und jordanische Zivilgesellschaft – jeweils repräsentiert durch Selbstvertretungsorganisationen – einzubeziehen.
- den Inhalt des Abschlussdokuments in einem partizipativen Prozess ähnlich wie bei der Erstellung der Agenda 2030 zu erarbeiten und vor dem Gipfel mit Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden zu verhandeln.

#### Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e V  
Stresemannstraße 72  
10963 Berlin

Tel: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

#### Redaktion

Gabriele Weigt und Anke Scheid

#### Mitarbeit

VENRO-AG Behinderung und Entwicklung,  
Deutscher Behindertenrat und Liga Selbstvertretung

#### Endredaktion

Janna Völker

Berlin, Februar 2023